

1 Beschluss der Jusos-Lichtenberg vom 08.06.2012

2

3 **Am Mitgliederbegehren festhalten**

4

5 Der Vorstand der Jusos-Lichtenberg hat am 12.04.2012 beschlossen, dass es bei mehr als einer
6 Kandidatur für den Landesvorsitz der Berliner SPD eine Mitgliederbefragung geben soll. Einige Tage nach
7 diesem Beschluss gab Jan Stöß seine Kandidatur bekannt.

8 Trotz mehrfacher Beratung sprachen sich der geschäftsführende Landesvorstand und der
9 Landesvorstand gegen eine Mitgliederbefragung aus. Mittlerweile läuft ein Mitgliederbegehren, welches
10 schon mehr als 1100 Unterschriften gesammelt hat.

11 Die Lichtenberger Jusos halten am Beschluss des Lichtenberger Juso-Vortandes fest und fordern
12 weiterhin eine Mitgliederbefragung. Aus diesem Grund fordern wir Jusos den Parteitag der Berliner SPD
13 am 09.06. 2012 auf, die Wahl des neuen Landesvorstand zu verschieben und eine Mitgliederbefragung
14 zu starten.

15 Wir unterstützen zudem den Beschluss des Kreisvorstandes der SPD-Lichtenberg im folgenden Wortlaut:
16 „Der Kreis Lichtenberg beschließt daher die Beantragung zur Durchführung eines Mitgliederentscheids
17 gem. § 13 OrgSt mit der Fragestellung:

18

19 ‚Soll im Vorfeld der Wahl zum Landesvorsitzenden Berlin eine Mitgliederbefragung durchgeführt
20 werden? [Ja] / [Nein]‘.“

21

22 *Zur Kenntnis der Beschluss des Vorstands der Jusos Lichtenberg:*

23

24 Transparenz und Wahrheit schaffen bezüglich des Landesvorsitzenden der SPD-Berlin

25 Der Vorstand der Jusos-Lichtenberg fordert die Genossinnen und Genossen in der Berliner SPD auf, solidarisch
26 und fair in öffentlichen Diskussionen miteinander umzugehen. Die öffentlichen Berichterstattungen und
27 Diskussionen über mögliche Kandidaturen zur Wahlen der/des neuen Landesvorsitzenden der Partei sollten
28 unterlassen werden. Auch sollten Genossinnen und Genossen keine Aussagen in Zeitungen tätigen, hinter
29 welchen dann nicht der Name der jeweiligen zitierten Person steht. Dies verstehen wir nicht als solidarischen und
30 konstruktiven Umgang.

31 Des Weiteren wünschen wir uns, dass sich Kandidatinnen und Kandidaten für das Amt des Landevorsitzenden
32 möglichst bald bekennen, sodass eine Vorstellung der Kandidatinnen und Kandidaten in den Kreisen ermöglicht
33 und organisiert werden kann. Es muss um die Inhalte und Visionen gehen und über diese sollten sich die
34 Genossinnen und Genossen in den Kreisen ein ausführliches Bild machen können. Eine Diskussion mit den
35 möglichen Kandidatinnen und Kandidaten muss ermöglicht werden, sodass auch die Wünsche, Hoffnungen und
36 Forderungen der Basis berücksichtigt werden können.

37 Sollten sich mehr als eine Kandidatin oder ein Kandidat für das Amt des Landesvorsitzenden bewerben, fordern
38 wir einen Mitgliederentscheid. Dies verhindert mögliche Hinterzimmermentalitäten und sorgt für größtmögliche
39 Transparenz. Wir sprechen uns nicht gegen weitere Kandidaturen zu der bestehenden aus, fordern nur klare
40 Bekenntnisse. An den „Schein Diskussionen“ wie sie zurzeit geführt werden, wollen wir uns nicht beteiligen und
41 lehnen diese ab!

42 Die Berlinerinnen und Berliner haben inhaltliche Diskussionen verdient. Es muss deutlich werden, dass die
43 Berliner SPD für linke Politik eintritt und Themen wie Mindestlohn, gerechte Arbeit mit fairen Löhnen, gute
44 Bildung von der Kita an, sowie die Probleme bei der S-Bahn zum Wohle der Berlinerinnen und Berliner gelöst
45 werden.

46